SCHENGEN

DE

SCH 94/II6
EXCOM 001
ACQUIS

Exekutivausschuß

Bonn, den 22. Dezember 1994
SCH/Com-ex (94) decl. 12

Erklärung

Der Exekutivausschuß nimmt die als Anlage beigefügte Notiz des deutschen Vorsitzes der Untergruppe "Visa" zur Auswertung der Berichte der Auslandsvertretungen über die konsularische Zusammenarbeit der Schengener Vertragsstaaten (SCH/II-Visa (94) 35 rev.) zur Kenntnis.

Der Exekutivausschuß begrüßt den Fortgang der konsularischen Zusammenarbeit der Schengener Partnerstaaten vor Ort, bei dem eine Vielzahl von praktischen Fragen und Problemen des Visaregimes erörtert worden sind. Die vorgelegten Berichte lassen erkennen, daß die Auslandsvertretungen des Schengener Vertragsstaaten auf die Anwendung der Visabestimmungen vorbereitet sind. Der Exekutivausschuß bekräftigt, daß diese Form der Zusammenarbeit ein notwendiges Element der Umsetzung der Bestimmungen des Schengener Durchführungsübereinkommens darstellt. Weitere Fragen zur Praxis der Visaerteilung können sinnvollerweise erst im Rahmen des Wirkbetriebes des Schengener Durchführungsübereinkommens geklärt werden.

SEMDOC
Statewatch European Documentation & Monitoring Centre on justice and home affairs in the European Union

PO Box 1516, London N16 0EW, UK
tel: 0181 802 1882 (00 44 181 802 1882)
fax: 0181 880 1727 (00 44 181 880 1727)

DP/LM/HK

SCHENGEN

DE

Arbeitsgruppe II
"Personenverkehr"
Untergruppe "Visa"

Brüssel, den 23. November 1994
SCH/II-Visa (94) 35 Rev.

NOTIZ DER DEUTSCHEN PRÄSIDENTSCHAFT

Betreff: Auswertung der Berichte der Auslandsvertretungen über die konsularische Zusammenarbeit der Schengener Vertragsstaaten

Seit Übernahme des deutschen Vorsitzes zu Beginn des Jahres 1994 haben die Auslandsvertretungen in Fortführung der unter französischem Vorsitz begonnenen Übung zahlreiche Besprechungen im Rahmen der konsularischen Zusammenarbeit abgehalten.

Am häufigsten fanden Besprechungen dort statt, wo entweder die Visaerteilung allgemein problematisch ist oder wo sich die Vertretungen mit Antragstellern aus vielen verschiedenen Staaten befassen müssen.

An einigen Auslandsdienstorten wurden z.T. keine, z.T. nur eine Besprechung abgehalten. Als Begründung wurde u.a. mangelndes Interesse der Partner, Terminschwierigkeiten, bisher problemfreie Visaerteilung und Nutzlosigkeit von Besprechungen ohne konkretes Datum für das Inkraftsetzen des Schengener Durchführungsübereinkommens (SDÜ) angegeben.

Der deutsche Vorsitz hat die zahlreichen, z.T. sehr umfangreichen und häufig mit Anregungen versehenen Berichte ausgewertet und beschränkt sich daher auf die Darstellung der im folgenden aufgeführten wesentlichen Punkte.

1) Austausch von Informationen

zu ausgewiesenen oder zurückgewiesenen Ausländern,
zu von Schleppern oder Schlepperorganisationen,
zu Personen oder Organisationen, die Gefälligkeitseinladungen oder falsche bzw. verfälschte Einladungen an Ausländer ausstellen,
zu bona fide Antragstellern,
zu abgelehnten Visaantragstellern.
Die Möglichkeit zum Austausch solcher Informationen würde von zahlreichen Vertretungen begrüßt. Ein Austausch muß jedoch im Einklang mit den jeweiligen nationalen Datenschutzvorschriften stehen.Regelmäßige Besprechungen und enge Kontakte der Schengen-Auslandsvertretungen auf Arbeitsebene könnten zu einer umfassenden gegenseitigen Unterrichtung über allgemein interessierende Fragen beitragen.

2) Unterrichtung der Auslandsvertretungen durch die Zentralen Behörden (ZB)

Der Informationsaustausch über die laufende Entwicklung für das Inkraftsetzen des SDÜ weist nach Auskunft der deutschen Auslandsvertretungen z.T. erhebliche Unterschiede auf. Dabei konnte nicht festgestellt werden, ob der unterschiedliche Informationsaustausch auf mangelhafte Unterrichtung durch die zentralen Behörden oder auf geringes Interesse der/des Bediensteten der jeweiligen Auslandsvertretungen zurückzuführen ist.

Die Berichte lassen jedoch darauf schließen, daß die zentrale Unterrichtung der Auslandsvertretungen in manchen Fällen verbesserungsfähig sein dürfte. Dies ist jedoch eine Frage der jeweiligen nationalen Kommunikation zwischen den Auslandsvertretungen und der eigenen zentralen Behörde.

3) Schengener Informationssystem (SIS) und Konsultation der Zentralen Behörden (KZB)

Über den Unterschied einer SIS-Abfrage und der KZB herrscht bei zahlreichen Auslandsvertretungen noch keine Klarheit. SIS-Abfrage und KZB-Verfahren werden gelegentlich verwechselt. Es is Aufgabe des jeweiligen Vertragsstaates, dies in eigener Zuständigkeit zu klären.

4) Kaution

Eine Reihe von Auslandsvertretungen fragt, ob eine Kaution, die z.B. von einer deutschen Auslandsvertretung bei Ausstellung eines Visums einbehalten wird, auch anderen Schengen-Staaten zur Verfügung gestellt werden kann, wenn dort von dem Visuminhaber öffentliche Mittel (z.B. Sozialhilfe) in Anspruch genommen worden sind.

Einige Vertretungen berichteten, daß einige Schengen-Partner nach Landesrecht nicht zur Einbehaltung einer Kaution berechtigt seien.

5) Nicht deckungsgleiche Konsularbezirke

Einige Vertretungen wiesen auf die Notwendigkeit hin, konkrete Zuständigkeitsregelungen bei nicht decklungsgleichen Konsularbezirken (z.B. in den USA) zu schaffen. Diese Frage wird erst von Bedeutung, wenn Vertretungsregelungen zur Visaerteilung in sog. großflächigen Staaten getroffen werden.

6) Unterkunftsnachweise

Zahlreiche Vertretungen sprechen sich auf der Grundlage der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion für eine flexible Handhabung des Erfordernisses eines Nachweises über die Unterkunft im Zielland aus. Bisherige gut eingespielte und beanstandungsfreie Verfahren sollten weiterhin Anwendung finden können. Anregung kommt hauptsächlich von Vertretungen in Europa und Nordamerika, aber auch vereinzelt aus Afrika.

7) Anerkennung von Pässen und Paßersatzpapieren

Die meisten Auslandsvertretungen halten zur Komplettierung der Anlage 11 der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion die baldige Erstellung einer gemeinsamen Liste über die Anerkennung von ausländischen Pässen und Paßersatzpapieren für erforderlich. Für eine Übergangszeit können sich die Auslandsvertretungen vor Ort gegenseitig unterrichten. Auf der Grundlage dieses Informationsaustausches wird die Anlage 11 vervollständigt. In Zweifelsfällen ist die Unterrichtung erforderlich.

8) Wohnsitzkriterium

Es wurde angeregt, daß sich die Auslandsvertretungen über das Wohnsitzkriterium im jeweiligen Gastland auf der Grundlage der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion unmittelbar einigen. In manchen Ländern dürfte allein schon die Erteilung einer z.B. 1-jährigen Aufenthaltserlaubnis als Kriterium für einen ständigen Wohnsitz ausreichend sein, wogegen der Nachweis eines z.B. schon mindestens dreimonatigen Aufenthalts in einem anderen Land ggfs. als nicht ausreichend angesehen werden könnte. In diesem Zusammenhang befürworten viele Vertretungen die Beibehaltung der restriktiven Visaerteilung an non-residents; d.h. im Regelfall Einholung der Ermächtigung von der eigentlich zuständigen Vertretung. Kommunikationskosten wären vom Antragsteller zu zahlen.

9) Visa zur medizinischen Behandlung

Vertretungen verschiedener Schengen-Staaten geben zu bedenken, daß bei der Erteilung von Visa zur medizinischen Behandlung (Visa médicaux) andere Kriterien gelten müßten als für Besuchsvisa. Dagegen spricht jedoch, daß bei allen Visaanträgen ohnehin geprüft werden muß, ob die Kosten des geplanten Aufenthaltes in den Schengen-Staaten gesichert sind. Dazu gehören auch die Kosten für eine ambulante oder stationäre medizinische Behandlung.

10) Krankenversicherung

Die Auslandsvertretungen sind der Auffassung, daß bis zu einer gemeinsamen Schengen-Regelung die Auslandsvertretungen die Forderung nach Vorlage einer gültigen Auslandskrankenversicherung gemäß ihrer bisherigen nationa-
len Praxis bzw. gemäß einvernehmlicher Absprache vor Ort behandeln sollten.

11) Iran

Die Schengen-Staaten werden gebeten, ihre nationalen Vorschriften im Hinblick auf ausreichende Nachweise über Reiseziel und -zweck zu überprüfen und ggfs. ihre Vertretungen zu ermächtigen, im Rahmen der konsularischen Zusammenarbeit schon im Vorgriff auf das Inkraftsetzen des SDÜ eine möglichst weitgehende Harmonisierung herbeizuführen. Ggw. gibt es noch Schengen-Staaten, die in der Praxis z.B. bei Besuchern aus dem Iran nicht immer entsprechende Nachweise verlangen.

12) SIS-Speicherungen

Verschiedentlich wird angeregt, abgelehnte Visaantragsteller in das SIS einzustellen. Dabei wird übersehen, daß Speicherungen im SIS nur gemäß Artikel 96 SDÜ möglich sind. Die darin enthaltenen Voraussetzungen sind im Falle von Visaablehnungen i.d.R. nicht gegeben.

13) Visagebühren

a) In den Schengen-Staaten gibt es entweder aufgrund bilateraler Abkommen oder aufgrund nationaler Vorschriften die Möglichkeit, Visa gebührenfrei zu erteilen. Dies gilt vor allem für Personen, deren Besuch in den jeweiligen Staaten entweder von großem kulturellen, politischen, entwicklungspolitischen oder sonstigem öffentlichen Interesse ist. Die Vertretungen sind der Auffassung, daß die bisher geltenden Gebührenbefreiungstatbestände für die Ausstellung von Visa auch weiterhin gelten sollten. Dies hat der Exekutivausschuß durch Beschluß vom 21. November 1994 (Dok. SCH/Com-ex (94) 20 Rev.) ermöglicht.

14) Vertretung anderer Schengen-Staaten

Die Vertretungen sind derzeit noch im unklaren über das Verfahren bei Übernahme der Zuständigkeit für andere Schengen-Staaten. In zahlreichen Staaten sind nicht alle Schengen-Staaten vertreten, so daß dieser Punkt in absehbarer Zukunft der Klärung bedarf.

Übereinstimmend wurde die Auffassung vertreten, daß bis zur Vereinbarung eines endgültigen Verfahrens die Auslandsvertretungen vor Ort, die ggfs. am besten den zusätzlichen Arbeitsanfall überblicken können, sebst über die Vertretungsregelung entscheiden sollte.

Die zu treffenden Vertretungsregelungen bedürfen aber in jedem Fall der ausdrücklichen Zustimmung der in den jeweiligen Regierungen der betroffenen Schengen-Partner zuständigen obersten Behörden wegen der damit verbundenen personellen, organisatorischen und finanziellen Aspekte.

15) Merkblätter

Zur Vermeidung unnötigen Arbeitsaufwandes schlagen einige Vertretungen vor, Antragstellern, die zuständigkeitshalber an eine andere Schengen-Vertretung verwiesen wurden, ein Merkblatt auszuhändigen, in der die Gründe für die Nichtbearbeitung mangels Zuständigkeit aufgeführt sind.
Den Auslandsvertretungen liegt zwischenzeitlich ein Merkblatt (Dok. SCH/II-Visa (94) 22 Rev.) vor, das Erläuterungen zu den Zuständigkeitsregelungen für die Visaerteilung beinhaltet.

16) Einige Vertretungen berichten über gute Erfahrungen seit der Einführung des Stempels gemäß Abschnitt VIII Nr. 2 der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion.

An vielen Dienstorten konnten sich die Vertretungen noch nicht zu einer Nutzung des Stempels durchringen, da einige Vertretungen Bedenken gegen eine Stempelung ausländischer Pässe haben.
Die Präsidentschaft regt an, daß die Außenministerien ihre Vertretungen zur Einführung des Stempels anweisen, da er ein geeignetes Mittel zur Aufdeckung von Mehrfachanträgen und abgelehnten Anträgen darstellt.

DP/MVB/LM

S C H E N G E N

DE

Arbeitsgruppe II
"Personenverkehr"
Untergruppe "Visa"

Brüssel, den 21. September 1994
SCH/II-Visa (94) 22 Rev. 1

Merkblatt

Kurzfristiges (Touristen- oder Geschäfts-) Visum für
(Schengen-Staaten zum Zeitpunkt der Veröffentlichung)*[1])

1. Ab dem *(Datum)** können *(Subjektivische Bezeichnung der Angehörigen des Gastlandes)** , die als Geschäftsreisende oder Touristen nach Europa reisen, ein Visum für einen Kurzaufenthalt von 1 bis 90 Tagen erhalten, das für alle o.g. Länder gültig ist.

2. Es gibt keinen Rechtsanspruch auf Erteilung eines Visums.

3. Ein nachträglicher Wechsel des Besuchszweckes ist grundsätzlich nicht zulässig. Ob eine Verlängerung möglich ist, kann bei Erteilung erfragt werden.

4. In *(Name des Gastlandes)** können Reisende ein gemeinsames Visum an folgenden Auslandsvertretungen erhalten:[2])
   - wenn das Hauptreiseziel (entsprechend Reisezweck und Aufenthaltsdauer) in (Schengen-Zielland)* oder *(gegebenenfalls weitere Zielländer für die ein und dieselbe Auslandsvertretung (AV) Visa erteilt)** liegt: *(Name der zuständigen AV mit Adresse Tel. und Fax)**
     wenn das Hauptreiseziel in (*weiteres Schengen-Zielland*)* liegt: (*Name der zuständigen AV mit Adresse Tel. und Fax*)*
   - *(gegebenenfalls weiter wie vorstehend für weitere Schengen-Zielländer)**

   ANM.: Kann Ihr Hauptreiseziel nicht festgestellt werden, ist für die Visaerteilung der Schengen-Staat zuständig, über den Sie zuerst in das Hoheitsgebiet dieser Staaten einreisen.

5. Jeder *(Adjektiv der Nationalität des Gastlandes)*[•] Antragsteller hat mindestens folgende Unterlagen vorzulegen:
   - 1 Antragsvordruck und 1 Foto
   - einen gültigen Reisepaß (die Gültigkeit des Passes muß das Ende der gewünschten Reise um mindestens drei Monate überschreiten)
   - *(weitere Anstriche mit Angaben über weitere vorzulegende Unterlagen wie entsprechend Gemeinsamer Konsularischer Instruktion (GKI) einheitlich im Einvernehmen aller Schengen - AV vor Ort festgelegt)*[•]
   - zusätzliche Unterlagen oder Nachweise können im Einzelfall erforderlich sein

6. Antragsteller, die eine andere Staatsangehörigkeit als diejenige *(Name des Gastlandes im Genitiv)*[•] haben, müssen eventuell zusätzlich Unterlagen vorlegen, welche im Einzelfall von der zuständigen Auslandsvertretung (siehe oben Nr. 4) erfragt werden können.

7. Antragsteller, die sich zwecks ärzlicher Behandlung nach Europa begeben wollen, benötigen:
   - eine von ihrem Arzt in *(Name des Gastlandes)*[•] erstellte ärztliche Bescheinigung,
   - die schriftliche Bestätigung einer Voranmeldung in einem Krankenhaus oder bei einem Arzt und
   - einen Finanzierungsnachweis für die Kosten der medizinischen Behandlung.

8. Minderjährige müssen eine schriftliche elterliche Einverständniserklärung oder die eines sonstigen Sorgeberechtigten vorlegen.

9. *(Namen der noch nicht teilnehmenden Schengen-Staaten)*[•] werden sich später an dem Verfahren der gemeinsamen Visaerteilung beteiligen.

10. Andere Visa, wie z.B. für längerfristige Aufenthalte oder zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit unterliegen weiterhin dem jeweiligen nationalen Recht der Zielländer. Sie können bei deren Auslandsvertretung (siehe oben Nr. 4) beantragt werden. Visa für die französischen Übersee-Departements und -Territorien können bei der für Frankreich zuständigen Auslandsvertretung (siehe oben Nr. 4) beantragt werden.

[11. *Nur soweit gemäß Anlage 3 zur GKI zutreffend:*
(Subjektivische Bezeichnung der Angehörigen des Gastlandes) benötigen ein Visum für den Flughafentransit in (Name der Schengen-Staaten gemäß Anlage 3 zur GKI), welches zum Transit über den internationalen Transitbereich des Flughafens, nicht aber zum Betreten des Hoheitsgebietes der zuvor genannten Staaten berechtigt.][•]

Zusätzliche Informationen erteilen Ihnen gerne die Visastellen der oben unter Nr. 4 genannten Auslandsvertretungen.

Kursivtexte sind noch durch die zum Zeitpunkt des Drucks zutreffenden Angaben zu ergänzen oder di für den betreffenden Auslandsdienstort zutreffenden Angaben zu ersetzen.

über hinaus sind die AV aufgerufen sinngemäße Anpassungen und Ergänzungen dieses Merkblattes entsprechend den Gegebenheiten vor Ort in konsularischer Zusammenarbeit gemäß GKI einheitlich im Einvernehmen aller
ngen-AV vor Ort vorzunehmen.

Nicht anwendbar in Drittstaaten, deren Staatsangehörigen für einige Schengen-Staaten Visum benötigen und für andere nicht.

Hinweis für die Erstellung vor Ort. Es folgt die Auflistung der AV aller vor Ort vertretenen AV der Schengen-Staaten mit Angabe der Schengen-Staaten, für die diese AV Visaanträge entgegennehmen.

9Q

Comité exécutif

Bonn, le 22 décembre 1994
SCH/Com-ex (94) décl. 12

Déclaration

Le Comité exécutif prend connaissance de la note concernant l'analyse des rapports des Représentations diplomatiques et consulaires sur la coopération consulaire entre les Parties contractantes Schengen (SCH/II-Visa (94) 35 rév.); cette note, élaborée par la Présidence allemande du Sous-groupe "Visas", est jointe à la présente Déclaration.

Le Comité exécutif se félicite de la poursuite de la coopération consulaire sur place entre les Parties contractantes Schengen, qui a permis d'aborder un grand nombre de questions pratiques et de problèmes ayant trait aux dispositions en matière de visas. Les rapports présentés font apparaître que les Représentations diplomatiques et consulaires des Parties contractantes Schengen sont préparées à appliquer les dispositions en matière de visas. Le Comité exécutif confirme que cette forme de coopération constitue un élément nécessaire à la mise en oeuvre des dispositions de la Convention d'application de l'Accord de Schengen. D'autres questions pratiques relatives à la délivrance de visas ne pourront raisonnablement être clarifiées que dans le contexte de l'application effective de la Convention d'application de l'Accord de Schengen.

DP/CL **S C H E N G E N** FR

Groupe de travail II
"Circulation des personnes"
Sous-groupe "Visas"

Bruxelles, le 23 novembre 1994
SCH/II-Visa (94) 35 rév.
Traduction: Orig. DE

NOTE DE LA PRESIDENCE ALLEMANDE

Objet: Analyse des rapports des Représentations diplomatiques et consulaires sur la coopération consulaire entre les Parties contractantes Schengen

Depuis le début de la Présidence allemande en janvier 1994, les Représentations diplomatiques et consulaires ont organisé de nombreuses réunions dans le cadre de la coopération consulaire entamée sous la Présidence française.

Les réunions ont été les plus nombreuses dans les villes où la délivrance des visas pose un problème d'ordre général, et où les Représentations doivent faire face à des demandeurs ressortissant de nombreux Etats différents.

Dans certaines villes, aucune réunion n'a été organisée, tandis que d'autres n'en ont accueilli qu'une. Les motifs avancés étaient notamment le manque d'intérêt des Partenaires, des problèmes de calendriers, le fait que la délivrance de visas n'ait jusqu'alors posé aucune difficulté, ou l'inutilité de mener des concertations sans connaître la date de mise en vigueur de la Convention d'application de Schengen.

La Présidence allemande a analysé les nombreux rapports, parfois très volumineux et souvent assortis de suggestions, et se limite à en présenter ci-après les points essentiels.

1. Echange d'informations

sur les étrangers expulsés ou éloignés,
sur les passeurs ou les filières d'immigration clandestine,
sur les personnes ou les organisations qui délivrent des invitations de complaisance, falsifiées ou contrefaites à des étrangers,
sur les demandeurs *bona fide*,
sur les demandeurs de visas dont les demandes ont été refusées.
De nombreuses Représentations souhaiteraient pouvoir échanger de telles informations. Toutefois, cet échange doit s'effectuer dans le respect des différentes législations nationales en matière de protection des données à caractère personnel. Des concertations régulières et des relations étroites entre les Représentations Schengen pourraient contribuer à une information mutuelle approfondie sur les questions d'intérêt général.

2. Information des Représentations diplomatiques et consulaires par les autorités centrales

L'échange d'informations sur les développements en cours en vue de la mise en vigueur de la Convention d'application est parfois, d'après les Représentations allemandes, très différent d'un pays à l'autre. Il n'a pas pu être établi si les déséquilibres entre les flux d'informations sont le fait d'un manque d'information de la part des autorités centrales ou d'un manque d'intérêt des agents des différentes Représentations.

Les rapports permettent toutefois de conclure que l'information des Représentations par les autorités centrales est, dans certains cas, susceptible d'améliorations. Il s'agit en l'occurrence d'un aspect ayant trait à la communication entre les Représentations et leurs autorités centrales respectives.

3. Système d'information Schengen (SIS) et consultation des autorités centrales

La différence entre la consultation du SIS et la consultation des autorités centrales n'est pas encore claire pour de nombreuses Représentations. Il arrive que celles-ci confondent consultation du SIS et procédure de consultation des autorités centrales. Il incombe à chaque Etat de fournir à ses Représentations les éléments d'information pertinents en la matière.

4. Caution

Une série de Représentations demandent si une caution perçue par exemple par une Représentation allemande lors de la délivrance d'un visa peut également être mise à la disposition d'autres Etats Schengen si le titulaire du visa a sollicité des moyens publics dans ces Etats (par exemple une aide sociale).

Quelques Représentations indiquent dans leurs rapports que le droit national de quelques Etats Schengen n'autorise pas la perception d'une caution.

5. Circonscriptions consulaires de compétences différentes

Quelques Représentations soulignent la nécessité de préciser les règles de compétences pour les cas où les circonscriptions consulaires sont différentes (par exemple aux Etats-Unis). Cette question ne sera toutefois d'actualité que lorsque des règles de représentation en matière de délivrance des visas seront adoptées pour les Etats dits de superficie étendue.

6. Preuves relatives à l'hébergement

De nombreuses Représentations plaident, sur la base de l'Instruction consulaire commune, en faveur d'une application souple de l'exigence d'une preuve relative à l'hébergement dans l'Etat de destination. Les procédures qui ont bien fonctionné et n'ont pas fait l'objet de contestations jusqu'à présent devraient pouvoir continuer à être appliquées. Cette position est principalement adoptée par les Représentations situées en Europe et au Nord des Etats-Unis, mais également en Afrique de manière ponctuelle.

7. Reconnaissance de passeports et de documents tenant lieu de passeports

La plupart des Représentations jugent nécessaire de dresser, dans un avenir proche, une liste commune relative à la reconnaissance de passeports étrangers et de documents tenant lieu de passeports afin de compléter l'annexe 11 de l'Instruction consulaire commune. Les Représentations peuvent s'informer mutuellement sur place pendant une période transitoire. L'annexe 11 est complétée sur la base de cet échange d'informations. En cas de doute, les consultations sont obligatoires.

8. Critère de la résidence

Il a été suggéré que les Représentations s'accordent directement sur le critère de la résidence dans l'Etat d'accueil concerné sur la base de l'Instruction consulaire commune. Dans certains Etats, la délivrance d'un permis de séjour d'un an par exemple pourrait suffire en ce qui concerne le critère de la résidence habituelle, tandis qu'une preuve d'au moins trois mois de séjour, par exemple, pourrait être jugée insuffisante dans un autre Etat. Dans ce contexte, de nombreuses Représentations plaident en faveur du maintien de règles plus strictes pour la délivrance de visas aux non-résidents; c'est-à-dire, en règle générale, la consultation de la Représentation compétente. Les frais de communication seraient à la charge du demandeur.

9. Visas pour traitement médical

Les Représentations de différents Etats Schengen font remarquer que d'autres critères devraient être retenus pour la délivrance de visas en vue d'un traitement médical (visas médicaux) que pour la délivrance de visas en vue d'une visite. Toutefois, les Représentations doivent de toute façon vérifier pour toutes les demandes de visa si le demandeur dispose des moyens économiques suffisants pour assumer les frais induits par le séjour prévu dans les Etats Schengen. Ces frais comprennent également les frais afférents à un traitement médical, que celui-ci nécessite une hospitalisation ou non.

10. Assurance maladie

S'agissant de l'obligation de présenter un contrat d'assurance maladie valable, les Représentations estiment que jusqu'à l'adoption de règles communes par les Etats Schengen, elles devraient procéder en la matière conformément à la pratique suivie jusqu'ici au niveau national, ou selon un arrangement conclu sur place.

11. Iran

Les Etats Schengen sont invités à revoir leurs dispositions nationales relatives à des preuves suffisantes quant à la destination et au but du voyage, et à charger le cas échéant leurs Représentations, dans le cadre de la coopération consulaire, de rechercher l'harmonisation la plus complète possible dès avant la mise en vigueur de la Convention d'application. Il existe encore à l'heure actuelle des Etats Schengen qui, par exemple, n'exigent pas toujours de telles preuves de la part des voyageurs en provenance d'Iran.

12. Introduction de données dans le SIS

Plusieurs Représentations suggèrent d'enregistrer dans le SIS les demandeurs auxquels le visa a été refusé. Cette suggestion ne tient pas compte du fait qu'en l'occurrence, un signalement SIS ne serait possible que dans le cadre de l'article 96 de la Convention d'application. Or, les conditions prévues à cet article ne sont en général pas remplies par les personnes auxquelles la délivrance du visa est refusée.

13. Droits à percevoir pour la délivrance des visas

a) Les Etats Schengen connaissent la délivrance gratuite de visas en vertu soit d'accords bilatéraux, soit de dispositions nationales. Elle concerne principalement les personnes dont la visite dans les différents Etats revêt un grand intérêt culturel, politique, en matière de développement ou dans un autre domaine d'intérêt public. Les Représentations estiment que les règles en matière de délivrance gratuite en vigueur actuellement doivent être maintenues. Ce qui est possible grâce à l'adoption de la Décision SCH/Com-ex (94) 20 rév. par le Comité exécutif le 21 novembre 1994.

14. Représentation d'autres Etats Schengen

Des interrogations subsistent quant à la procédure à suivre pour représenter un autre Etat Schengen. Dans de nombreux Etats, tous les Etats Schengen ne sont pas représentés, de sorte que cette question doit être clarifiée dans un avenir proche.

De l'avis général, en attendant l'adoption d'une procédure définitive en la matière, les représentations qui sont le mieux placées pour évaluer le surplus de travail qu'entraînerait cette solution devraient décider elles-mêmes des règles de représentation.

Les règles de représentation à adopter doivent toutefois être approuvées explicitement par les autorités centrales compétentes dans les différents Etats Schengen concernés, en raison des aspects personnels, organisationnels et budgétaires qui y sont liés.

15. Notice explicative

Afin d'éviter un travail inutile, quelques Représentations proposent de remettre aux demandeurs de visa qui ont été renvoyés auprès d'une autre Représentation Schengen pour des raisons de compétences, une notice explicative qui précise pourquoi la Représentation saisie ne traite pas la demande.
Une notice explicative contenant des précisions relatives aux règles de compétences en matière de délivrance de visas a entre-temps été mise à la disposition des Représentations (doc. SCH/II-Visa (94) 22 rév.).

16. Quelques Représentations font état de résultats positifs depuis l'introduction du cachet prévu au point 2 du chapitre VIII de l'Instruction consulaire commune.

De nombreuses Représentations n'ont pas encore pu se résoudre à utiliser le cachet, étant donné la réticence de quelques-unes d'entre elles à l'égard de l'apposition d'un cachet sur des passeports étrangers.
La Présidence suggère que les Ministères des Affaires étrangères donnent des instructions à leurs Représentations afin qu'elles introduisent l'utilisation du cachet, qui constitue un moyen adéquat de déceler les demandes multiples et les demandes refusées.

DP/NC **S C H E N G E N** FR

Groupe de travail II
"Circulation des personnes"
Sous-groupe "Visa"

Bruxelles, le 21 septembre 1994
SCH/II-Visa (94) 22 rév.
Traduction: Orig. DE

NOTICE EXPLICATIVE

Visa de court séjour (tourisme ou affaires)
pour (*les Etats Schengen au moment de la publication*) *[1])

1. A dater du (*date*)*, les (*désignation des ressortissants du pays d'accueil de la Représentation diplomatique ou consulaire*)* se rendant en Europe à des fins touristiques ou pour affaires, peuvent obtenir un visa de court séjour pour une période de 1 à 90 jours au maximum qui est valable pour tous les Etats susmentionnés.

2. L'introduction d'une demande de visa n'ouvre pas de droit à la délivrance du visa.

3. Il n'est en principe pas permis de modifier a posteriori l'objet du voyage. Des informations sur la prolongation éventuelle peuvent être communiquées au moment de la délivrance du visa.

4. En (*pays d'accueil de la Représentation diplomatique ou consulaire*)*, les voyageurs peuvent obtenir un visa uniforme auprès des Représentations diplomatiques et consulaires suivantes: [2]

   - si la destination principale du voyage (à déterminer en fonction du motif du voyage et de la durée du séjour) se trouve en (*Etat de destination Schengen*)* ou en (*le cas échéant autres Etats de destination pour lesquels une seule et même Représentation diplomatique ou consulaire délivre un visa*)* : (*Nom, adresse et numéros de téléphone et de fax de la Représentation diplomatique ou consulaire compétente*)*
     si la destination principale du voyage se trouve en (*autre Etat de destination Schengen*)* : (*Nom, adresse et numéros de téléphone et de fax de la Représentation diplomatique ou consulaire compétente*)*
   - *(le cas échéant, procéder selon le modèle ci-dessus pour d'autres Etats Schengen)**

   Remarque: Si la destination principale ne peut être déterminée, l'Etat Schengen compétent pour la délivrance du visa est l'Etat de première entrée.

5. Les demandeurs de nationalité *(adjectif de nationalité du pays d'accueil de la Représentation diplomatique ou consulaire)** doivent présenter au moins les documents suivants:
   - un formulaire de demande et une photographie
   - un passeport en cours de validité (le délai de validité du passeport doit dépasser d'au moins trois mois la fin du voyage prévu)
   - *(autres tirets précisant la nature d'autres documents à présenter, l'opportunité d'ajouter ces tirets étant décidée de commun accord par toutes les Représentations diplomatiques ou consulaires Schengen sur place, conformément aux dispositions de l'Instruction consulaire commune)**

   Des documents ou des preuves supplémentaires peuvent être exigés dans des cas concrets.

6. Les demandeurs n'ayant pas la nationalité *(nom du pays d'accueil de la Représentation diplomatique ou consulaire)** doivent le cas échéant présenter d'autres documents pouvant être exigés, dans des cas concrets par la Représentation diplomatique ou consulaire compétente (cf point 4).

7. Les demandeurs qui ont l'intention de se rendre en Europe pour suivre un traitement médical doivent se munir :
   - d'un certificat médical délivré par leur médecin en *(nom du pays d'accueil)**
   - de la confirmation écrite du rendez-vous à l'hôpital ou chez un médecin
   - d'un justificatif attestant de moyens financiers suffisants pour payer les soins médicaux

8. Les mineurs d'âge doivent présenter une déclaration de consentement écrite d'un des deux parents ou d'une autre personne sous la garde de laquelle ils sont placés.

9. *(Noms des Etats Schengen ne participant pas encore à la procédure Schengen en matière de visa uniforme)** participeront ultérieurement à la procédure Schengen concernant le visa uniforme.

10. Les autres visas, par exemple les visas de long séjour ou les visas requis en vue d'exercer une activité professionnelle restent soumis au droit national de l'Etat de destination. Ils peuvent être demandés auprès des Représentations diplomatiques ou consulaires de l'Etat concerné (voir point 4). Les visas requis pour les départements et territoires français d'Outre-mer doivent être demandés auprès de la Représentation diplomatique et consulaire compétente pour la France (voir point 4).

[11. Le cas échéant (cf. annexe 3 *de l'Instruction consulaire commune):*
*Les (désignation des ressortissants du pays d'accueil de la Représentation diplomatique ou consulaire) nécessitent pour (nom des Etats Schengen visés à l'annexe 3 de l'Instruction) un visa de transit aéroportuaire, permettant de passer par la zone internationale de transit de l'aéroport, et ce sans accéder au territoire national des Etats de transit en question.]**

Toute information complémentaire peut être obtenue auprès des services compétents des Représentations diplomatiques ou consulaires mentionnées au point 4.

---

* Le texte en italique doit être remplacé, selon le cas, par les indications pertinentes au moment de l'impression ou par les indications pertinentes pour les différentes Représentations diplomatiques ou consulaires.

En outre, les Représentations diplomatiques et consulaires sont invitées à modifier et à compléter cette notice en fonction de la situation sur place, en accord avec toutes les Représentations diplomatiques et consulaires Schengen sur place, dans le cadre de la coopération consulaire prévue par l'Instruction consulaire commune.

1. Ne s'applique pas aux Etats tiers dont les ressortissants sont soumis à l'obligation de visa dans certains Etats Schengen et pas dans d'autres.

2. Indication relative à la délivrance du visa sur place. Suit une énumération des Représentations diplomatiques et consulaires de tous les Etats Schengen représentés sur place et la liste des Etats Schengen pour lesquels ces Représentations acceptent des demandes de visa.

9R

S C H E N G E N FR

Comité Exécutif - Bruxelles, le 29 juin 1995
SCH/Com-ex (95) 13

DECISION DU COMITE EXECUTIF

Le Comité exécutif,

Vu l'article 132, paragraphe 4 de la Convention d'application de l'Accord de Schengen,

DECIDE:

Il est donné mandat au Groupe central d'arrêter les modifications aux annexes de l'Instruction consulaire commune, du Manuel commun, du Manuel Sirene, pour autant que celles-ci ne concernent que des modifications liées à la situation juridique interne, devant être communiquées aux autres Parties contractantes, et qu'il ne s'agisse pas de questions que les Parties contractantes doivent régler en commun.

Bruxelles, le 29 juin 1995 Le Président,

J. VANDE LANOTTE